## Ausschuss für Wissenschaft und Kultur

(23. - öffentliche - Sitzung am 2. September 2019)

## Beratungsthemen:

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3762

Der - federführende - Ausschuss nahm Unterrichtungen durch die Landesregierung zu dem Thema: "Warum schließt das MWK im Rahmen der geplanten Kooperation der Universitätsmedizin Göttingen und des Klinikums Braunschweig zur Medizinerausbildung eine Kooperation mit der TU Braunschweig zum jetzigen Zeitpunkt aus?" sowie zum Klinischen Campus Braunschweig der Universitätsmedizin Göttingen am Klinikum Braunschweig entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Er schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen und für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 9 des GBD) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -Enthaltung: -

Die Berichterstattung (schriftlicher Bericht) übernahm Abg. Matthias Möhle (SPD).

2. Unterrichtung durch die Landesregierung über eine laut Presseberichterstattung bestehende Finanzierungslücke im laufenden Betrieb der Medizinischen Hochschule Hannover

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulzulassungsrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 18/4251</u>

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung. Er verständigte sich darauf, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Eine Verständigung über den Kreis der Anzuhörenden soll am Rande des September-Plenums erfolgen.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung über die derzeitigen Ergebnisse der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Planung einer bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften in Niedersachsen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

 Hochschulen im Sinne der "Third Mission" weiterentwickeln: Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Gesellschaft/Wirtschaft fördern Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3939

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er beschloss, am 11. November 2019 eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Eine Verständigung über den Kreis der Anzuhörenden soll am Rande des September-Plenums erfolgen.

6. Fortsetzung der Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise in die USA in der Zeit vom 3. bis 10. Mai 2020

Der Ausschuss kam überein, sich in seiner Sitzung am 23. September 2019 durch die Landesregierung über mögliche Themenschwerpunkte unterrichten zu lassen.